

Spuren des „USA PATRIOT Act“ in amerikanischen Bibliotheken

Helga Lüdtkke ¹

Zweimal ist die *American Library Association* (ALA) in ihrer 120jährigen Geschichte in besonderer Weise gefordert gewesen, die Prinzipien von Bibliothekaren und Bibliotheken, die sie vertritt, gegen staatliche Eingriffe zu verteidigen: zum einen während der McCarthy Ära und zum anderen, seit der USA PATRIOT Act in Kraft ist. Beide Perioden zeigen - was ihre Auswirkungen auf Bibliotheken angeht - zwei Seiten derselben Medaille. Es galt und gilt, die durch die Verfassung garantierten Rechte auf *Intellectual Freedom* und *Freedom to Read* vor staatlicher Zensur zu verteidigen und zu schützen sowie sicherzustellen, dass diese Rechte in Bibliotheken nicht durch Aushöhlung der Datenschutzgesetze (*Privacy Laws*) und des Rechts auf Privatheit gefährdet werden.

Zur Hochzeit des Kalten Krieges hatte US Senator Joseph McCarthy von den späten 1940er bis in die Mitte der 50er Jahre Tausende von amerikanischen Bürgern, die tatsächlichen oder vermeintlich Kommunisten oder kommunistische Sympathisanten waren oder wegen angeblicher „unamerican activities“ unnachgiebig verfolgen lassen. Nach aggressiven Ermittlungen und Verhören, Rufmorden, regelrechten Hexenjagden und dem „black listing“ verloren viele ihre Arbeit, wurden Karrieren blockiert. Nicht wenige landeten im Gefängnis. Später wurden die meisten Urteile aufgehoben und Gesetze, die zu diesen Urteilen geführt hatten, als verfassungswidrig eingestuft.²

Die McCarthy Ära bedeutete für Bibliotheken, öffentliche wie wissenschaftliche, eine Zeit der erzwungenen Bestandssäuberungen, der massiven Zensur und gelegentlichen Bücherverbrennungen. Hier sei nur an verfolgte Autoren wie Dashiell Hammet, Lillian Helman, Langston Hughes oder Arthur Miller erinnert. Zensur zog „Selbstzensur“ im bibliothekarischen Alltag nach sich, die „Schiere im Kopf“, die in ihrer Weise das *First Amendment* der amerikanischen Verfassung bedrohte³ und die darin garantierte Redefreiheit (*Freedom of Speech*) – im Bewusstsein der Amerikaner ein sehr hohes Gut.⁴

¹ My thanks go to Elaine Harger (Progressive Librarians Guild) who pointed me to valuable material on the USA PATRIOT Act.

² Zum McCarthyism bietet Wikipedia einen guten Überblick: http://en.wikipedia.org/wiki/Second_Red_Scare

³ “**Amendment 1** - Freedom of Religion, Press, Expression. Ratified 12/15/1791 : Congress shall make no law respecting an establishment of religion, or prohibiting the free exercise thereof; or abridging the freedom of speech, or of the press; or the right of the people peaceably to assemble, and to petition the Government for a redress of grievances.” – “**Amendment 4** - Search and Seizure. Ratified 12/15/1791 : The right of the people to be secure in their persons, houses, papers, and effects, against unreasonable searches and seizures, shall not be

Im *Freedom to Read Statement* von 1953⁵, auf das sich heute in Resolutionen und rechtlichen Auseinandersetzungen immer noch und immer wieder bezogen wird, hatten *American Library Association* und *Association of American Publishers* aus den bitteren Erfahrungen während der McCarthy Ära dazu ihre Position klar zum Ausdruck gebracht.

Seit dem tief greifenden Schock über die Ereignisse in New York, Pennsylvania und Washington, D.C. befindet sich die ALA in einem ständigen Balanceakt zwischen staatlichen Sicherheitsinteressen und bibliothekarischen Grundsätzen, die sie als Eckpfeiler der Demokratie sieht: *Intellectual Freedom, Freedom to Read* und den Schutz personenbezogener Bibliotheksdaten vor staatlicher Kontrolle. In einer *key message* der ALA vom 20. September 2001 heißt es, noch moderat: "Amerikas Bibliotheken unterstützen Präsident Bush und den Kongress im Bestreben unserer Nation, die hart erkämpften Freiheiten, die wir als Amerikaner genießen, zu erhalten und zu schützen. Bibliothekare sind aufgefordert, sich die Vertraulichkeitsbestimmungen des US-Rechts genau anzuschauen und mit den Behörden im Rahmen der Richtlinien, die diese Gesetze vorsehen, zu kooperieren. Bibliothekare stehen in der Verantwortung, den Datenschutz unserer Benutzer zu sichern und gleichzeitig auf legitime nationale Sicherheitsinteressen zu reagieren."⁶

Aber schon einige Tage später, Anfang Oktober 2001, wird die Sorge über die geplanten staatlichen Anti-Terror-Maßnahmen deutlicher ausgedrückt. Mit dem *Library Community Statement on Proposed Anti-Terrorism Measures* wenden sich drei Bibliotheksvereinigungen, darunter die ALA, sozusagen am Vorabend des PATRIOT Act, an die Regierung in Washington: "Die unten aufgeführten Bibliotheksvereinigungen ersuchen unsere nationale Führung, mit Bedacht zu handeln, wenn sie neue Gesetze und Anordnungen bezüglich des Terrorismus plant. Wir sind besorgt darüber, dass manches der bis jetzt vorgesehenen Gesetze die Rechte der Öffentlichkeit bedroht und die Vertraulichkeit unterminiert, die für den

violated, and no Warrants shall issue, but upon probable cause, supported by Oath or affirmation, and particularly describing the place to be searched, and the persons or things to be seized."
<http://www.usconstitution.net/>

⁴ Vgl. dazu u.a.: Francoeur, Stephen: *McCarthyism and Libraries: Intellectual Freedom Under Fire*. Master's Thesis. Hunter College/The City University of New York. 2006; Bolen, Matthew T.: *The American Library Association, US Government, and the Fight for Intellectual Freedom, 1939-1953*. A Master's Paper. School of Information and Library Science of the University of North Carolina at Chapel Hill. 2006

⁵ "Freedom to Read Statement." American Library Association. 1953, amended 1972, 1991, 2000, 2004.
<http://www.ala.org/alaorg/oif/freeread.html>

⁶ "Q&A on the Privacy of Library Records." American Library Association. Sept. 20, 2001.
<http://www.ala.org/washoff/patriot.html>

Informationsfluss als Basis von Bibliotheksangeboten von entscheidender Bedeutung ist, und, am allerwichtigsten, für die Vitalität unserer Demokratie.”⁷

Was ist der USA PATRIOT Act⁸?

Zunächst einmal ist er eine Meisterleistung in Sachen sprechendes Akronym. Man darf annehmen, dass diese Abkürzung suggerieren sollte, es handele sich um ein besonders patriotisches Gesetz, das den Bürgern der USA mehr Schutz und Sicherheit vor Terroristen bietet und deshalb in der Bevölkerung entsprechend positiv bewertet wird.

Die Abkürzung lautet aufgelöst *Uniting and Strengthening America by Providing Appropriate Tools Required to Intercept and Obstruct Terrorism Act of 2001*, übersetzt etwa: „Gesetz zur Einigung und Stärkung Amerikas durch Bereitstellung geeigneter Mittel den Terrorismus aufzuhalten und zu verhindern“. Es handelt sich um ein amerikanisches Bundesgesetz, das vom US Senat und Repräsentantenhaus mit großer Mehrheit verabschiedet und von Präsident George W. Bush am 26. Oktober 2001 unterzeichnet wurde, sechs Wochen nach dem Terroranschlag auf das World Trade Center in New York am 11. September 2001. Es spielt eine wichtige Rolle im *War on Terror* der Bush-Regierung, mit dem eine bestimmte Form des Ausnahmezustandes erklärt worden war.

Der PATRIOT Act ergänzt bzw. schränkt in größerem Maße mehr als 15 amerikanische Gesetze und Bürgerrechte ein, darunter den *Electronic Communications Act* (ECPA) von 1986, den *Computer Fraud and Abuse Act* (CFAA) von 1986 und den *Foreign Intelligence Surveillance Act* (FISA) von 1978.⁹ Neben anderen sollte der PATRIOT Act auch Abhör- und Überwachungsgesetze im Sinne der Terrorismusbekämpfung für das Internet-Zeitalter auf den neuesten Stand bringen – und zwar bei der Echtzeit-Kommunikation (Telefon) und der gespeicherten Kommunikation (E-Mail, Voice-Mail) – und er sollte den Strafverfolgungsbehörden größere Befugnisse beim Ausführen von Durchsuchungen gewähren.

⁷ „Library Community Statement on Proposed Anti-Terrorism Measures“. American Association of Law Libraries, American Library Association, Association of Research Libraries. Oct. 2, 2001, S. 1

<http://www.ala.org/ala/washoff/WOissues/civilliberties/theusapatriotact/terrorism.pdf>

⁸ Der vollständige Text findet sich unter: http://frwebgate.access.gpo.gov/cgi-bin/getdoc.cgi?dbname=107_cong_public_laws&docid=f:publ056.107. Einen guten Überblick zum USA PATRIOT Act bietet Wikipedia: http://en.wikipedia.org/wiki/USA_PATRIOT_Act

⁹ Foreign Intelligence Surveillance Act 1978 <http://www.fas.org/irp/agency/doj/fisa/>

Trotz breiter Zustimmung durch die politischen Instanzen blieb seither das Gesetzeswerk höchst umstritten und wird von Teilen der amerikanischen Gesellschaft, von Vereinigungen, Universitäten und nicht zuletzt von Bibliotheken heftig bekämpft und in Frage gestellt.

Relevanz für Bibliotheken

Zwei Abschnitte des PATRIOT Act sind für Bibliotheken und ihre Benutzer von besonderer Relevanz, die Abschnitte 215 und 505. Dazu im Einzelnen:

Der PATRIOT Act

- senkt die rechtlichen Standards, um einen Durchsuchungsbefehl durchzusetzen – angefangen von „ausreichenden Verdachtsgründen“, dass eine kriminelle Tat begangen wurde, bis hin zu „plausiblen Gründen“, dass die Informationen der Bibliothek bezüglich eines mutmaßlichen Terroristen oder für eine Geheimdienstermittlung „relevant“ sind (*Section 215*);
- er erlaubt dem *Federal Bureau of Investigation* (FBI), einen besonderen Durchsuchungsbefehl vom Gericht des *Foreign Intelligence Surveillance Act* (FISA) zu bekommen, dessen Protokolle geheim und für die Öffentlichkeit nicht einsehbar sind (*Section 215*);
- er gestattet dem FBI, mit besonderen Durchsuchungsbefehlen Daten zur Bibliotheksnutzung von jemandem zu verwenden, gegen den wegen Beteiligung an verdächtigen Aktivitäten ermittelt wird (*Section 215*);
- er hebt bundesstaatliche und lokale Datenschutzgesetze in Fällen von FISA-Durchsuchungsbefehlen auf (*Section 215*);
- er verbietet der Bibliothek unter Androhung von Strafe, den verdächtigten Bibliotheksnutzer, die Presse oder sonst irgendjemanden darüber in Kenntnis zu setzen, dass eine Untersuchung im Gange ist. [Diese *gag order*, zu übersetzen etwa mit „Maulkorberlaß“ oder Schweigegebot, wird von amerikanischen Bibliothekaren und ihren Berufsverbänden heftig bekämpft.]
- Der PATRIOT Act erlaubt dem FBI unter besonderen Voraussetzungen, Daten zur Internetnutzung ohne Durchsuchungsbefehl zu verwenden (*Section 505*)¹⁰. [Im *Fourth Amendment* heißt es dagegen ausdrücklich: “The right of the people to be secure in their

¹⁰ Vgl. dazu den Flyer für Bibliotheksnutzer “What You Should Know About The USA PATRIOT Act.” Intellectual Freedom Committee / Colorado Association of Libraries. May 2006. (http://www.cal-webs.org/brochure_patriot_act.pdf#colorado)

persons, houses, papers, and effects, against unreasonable searches and seizures, shall not be violated”.] Laut FBI hatten die Attentäter vom 11. September Computer in Bibliotheken benutzt, um ihre Flugtickets zu kaufen und um untereinander zu kommunizieren.

Welche Daten bzw. welches „Material“ sind hier gemeint? Dem FBI müssen alle benutzerbezogenen Daten zugänglich gemacht werden, über die die Bibliothek verfügt. Im Einzelnen sind das Bücher und anderes Material, das ausgeliehen wurde, Recherchen, die auf Bibliothekscomputern durchgeführt wurden, eingeschlossen Internetseiten, die aufgesucht wurden, Bücher und anderes Material, das über den Leihverkehr bestellt wurde, Ort und Zeit, zu der die Benutzung von Bibliothekscomputern oder Übungsräumen vorgemerkt wurde sowie Aufzeichnungen von Bibliothekaren bei Nutzeranfragen.

Chronologie der Ereignisse

In einer Situation großer Verunsicherung unter den Bibliothekaren darüber, was der PATRIOT Act für die Bibliotheken im Lande und seine Benutzer in der Praxis bedeutet, kam es zunächst einmal darauf an, Informationen zu sammeln, sie zu dokumentieren und öffentlich zu machen, umfassend aufzuklären, gemeinsame Standpunkte öffentlich zu machen, Proteste zu kanalisieren, konkrete Hilfestellung zu gewähren und auch, spontane, rechtlich nicht abgesicherte Alleingänge von Bibliotheksmitarbeitern zu verhindern.

Der mitgliederstarken *American Library Association* kam dabei eine äußerst wichtige Rolle zu. Sowohl das *ALA Office of Intellectual Freedom* wie auch das *ALA Washington Office* hatten kurz nach bekannt werden des PATRIOT Act – mittlerweile umfangreiche - Internet-Foren eingerichtet¹¹, die in vorbildlicher Weise Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Hier laufen die Informations-Fäden zusammen: Empfehlungen für Bibliotheksmitarbeiter, Unterstützung bei der Benutzeraufklärung, Volltexte von bzw. Links zu Presseartikeln, Aufsätzen, Gerichtsurteilen, Umfragen in Bibliotheken etc. Aber auch die Bibliotheksvereinigungen der einzelnen Bundesstaaten und Institutionen, die die Bürgerrechte auf ihre Fahnen geschrieben haben, richteten Blogs und spezielle Seiten zum PATRIOT Act sowie zum Thema *Intellectual Freedom* ein.¹²

¹¹ <http://www.ala.org/ala/washoff/WOissues/civilliberties/theusapatriotact/usapatriotact.htm>;
<http://www.ala.org/ala/oif/ifissues/usapatriotact.htm>

¹² Blogs: z.B. Librarian and Information Science News, topic: Patriot Act (<http://lisnews.org>);
Librarians Against Bush Blog (<http://www.librariansagainstbush.org/blog.html>)

Zunächst war es wichtig, den Bibliotheken konkrete Hilfestellung zu bieten, wobei die ALA von Beginn an klar zum Ausdruck gebracht hatte, dass sie keine Rechtsberatung erteilen würde. In den „Empfehlungen für Bibliothekare den USA PATRIOT Act betreffend – Was zu tun ist bevor, während und nachdem es an die Tür geklopft hat“ vom Januar 2002¹³ wird den Bibliotheken geraten, eng mit Rechtsanwälten vor Ort zusammenzuarbeiten, weil die neue Rechtslage komplex und nur für Experten wirklich überschaubar sei. Ferner sollten bestehende Regelungen bezüglich aller gesammelten Daten, ob online oder auf Papier, genau überprüft werden, um eventuell Veränderungen vorzunehmen und auch Vorsorge für den Fall zu treffen, dass wegen einer FBI-Ermittlung Workstations, Server oder Backups nicht mehr betriebsbereit seien. Wichtig sei auch, jeden einzelnen Mitarbeiter umfassend aufzuklären und die Kommunikationswege im Fall der Fälle festzulegen, weil im Prinzip jede(r) bei einer Strafverfolgung angesprochen werden kann.

Make yourself heard

Mit einer Resolution, auf dem *ALA-Mid-Winter-Meeting* im Januar 2003 verabschiedet, wandte sich der Bibliotheksverband an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, an den Generalbundesanwalt sowie an die Mitglieder beider Häuser des Kongresses, das Repräsentantenhaus und den Senat: „Resolution über den USA PATRIOT Act und damit zusammenhängender Maßnahmen, die die Rechte von Bibliotheksbenutzern verletzen“

Bibliotheken seien, so heißt es dort, eine entscheidende Kraft, die freie Entfaltung und die ungehinderte Verbreitung von Wissen und Information für Individuen, Institutionen und Gemeinden zu fördern. Der Datenschutz sei bei der Ausübung der Rede-, Gedanken- und Koalitionsfreiheit unerlässlich. Deshalb sollten in einer Bibliothek die Motive von Benutzerinteressen nicht untersucht oder überprüft werden dürfen. Der USA PATRIOT Act und andere in Kraft getretene Gesetze, Bestimmungen und Richtlinien erhöhten jedoch die Wahrscheinlichkeit, dass Ausleihgewohnheiten von Bibliotheksbenutzern, ihre Computernutzung für Internetrecherchen oder E-Mail-Zugang eingeschlossen, ohne ihr Wissen oder ihre Zustimmung unter staatlicher Überwachung stehen.

Die ALA habe daher beschlossen,

¹³ “Guidelines for Librarians on the U.S.A. PATRIOT ACT – What to do before, during and after a ‘knock at the door?’” American Library Association. January 2002.

<http://www.ala.org/ala/washoff/WOissues/civilliberties/theusapatriotact/patstep.pdf>

- alle Bibliothekare, Bibliotheksverwaltungen, Bibliotheksmitarbeiter und Bibliotheksnutzer sowie Kommunen über den Fortgang beim Prozess der Befolgung (*process of compliance*) des USA PATRIOT Act und anderer damit zusammenhängender Maßnahmen zu unterrichten sowie auch über die Gefahren für den personenbezogenen Datenschutz und die Vertraulichkeit von Bibliotheksdaten, die aus derartigen Maßnahmen erfolgen;

- allen Bibliotheken dringend zu raten, Regelungen zum Benutzer-Datenschutz und zur Aufbewahrung von Benutzungsdaten abzufassen und anzuwenden, die klar machen, dass „das Sammeln von personenbezogenen Daten allein der Bibliotheksroutine dient beziehungsweise ein notwendiges Verfahren ist, um den Auftrag der Bibliothek zu erfüllen“ (*ALA Privacy: An Interpretation of the Library Bill of Rights*);

- Abschnitte des USA PATRIOT Act als gegenwärtige Gefahr für die Verfassungs- und Datenschutzrechte von Bibliotheksbenutzern anzusehen.

Die ALA fordert den Senat der Vereinigten Staaten dringend auf,

- 1) aktiv Aufsicht darüber zu führen, wie der USA PATRIOT Act und andere damit zusammenhängende Maßnahmen in der Praxis angewendet werden,
- 2) Anhörungen abzuhalten, um das Ausmaß der Überwachung von Bibliotheksnutzern und ihrer Kommunen zu ermitteln,
- 3) diejenigen Abschnitte der Gesetze und Bestimmungen zu novellieren oder abzuändern, die das Auskunftsrecht und das Recht auf freie Meinungsäußerung verletzen oder einschränken.

14

Taking actions

Aber nicht nur die *American Library Association* und ihre Gremien und Ausschüsse wandten sich vehement gegen eine staatliche Überwachung. Auch manche Bibliothekare vor Ort praktizierten Eigensinn. Anne Turner, Direktorin der *Santa Cruz Public Library* in Kalifornien, warnte im Frühjahr 2003 auf Schildern vor der Bibliothek und deren Zweigstellen die Benutzer, dass ihre Ausleihdaten in die Hände von FBI-Agenten fallen könnten. Diesbezügliche Nachfragen seien direkt an den Generalbundesanwalt Ashcroft zu

¹⁴ Resolution on the USA PATRIOT Act and Related Measures That Infringe on the Rights of Library Users. American Library Association. Januar 2003.
<http://www.ala.org/cfapps/archive.cfm?path=washoff/Patriotres.html>

richten. Ihrem *Library Board* teilte sie Monat für Monat auf der jeweiligen Sitzung mit, dass die Bibliothek nicht von einem Durchsuchungsbefehl betroffen gewesen ist. „In any months that I don't tell them that, they'll know.“¹⁵ In subtiler Weise unterlief Turner damit die *gag order*, das Stillschweigegebot bei Ermittlungen, ohne sich jedoch strafbar zu machen.

In anderen Bibliotheken wurden als Vorsichtsmaßnahme von FBI-Ermittlungen benutzerbezogene Daten vernichtet, sobald das ausgeliehene Material zurückgegeben war bzw. wurden gespeicherte Daten auf ein absolutes Minimum beschränkt.¹⁶

Versuche in dieser Zeit, Anfang 2003, eine auch nur annähernde Zahl von FBI-Ermittlungen in Bibliotheken zu erhalten, entweder durch Befragung unter den Bibliotheken oder durch regierungsamtliche Stellen selbst, brachten keine nennenswerten Erkenntnisse. Nicht wenige Bibliothekare fürchteten, bei diesbezüglichen Aussagen gesetzwidrig zu handeln. Ein Sprecher des Justizministeriums behauptete noch im September 2003, zwei Jahre nach den Terroranschlägen und dem in Kraft treten des PATRIOT Act, in einer Sendung des *National Public Radio*, „Section 215 of the Patriot Act has never been used“.¹⁷ Generalbundesanwalt Ashcroft setzte am selben Tag in einer Rede in Memphis noch eins drauf. Er wiederholte seine Aussage, dass die Befürchtungen [der Bibliothekare] über den [angeblichen] Missbrauch durch das FBI hysterisch seien. Emily Sheketoff vom *ALA Washington Office* warf ihm daraufhin vor, er versuche, die Sorgen ihrer Gruppe zu verharmlosen und lächerlich zu machen, vor allem, indem er die Sorgen einer überwiegend weiblichen Berufsgruppe als „hysterisch“ bezeichne.

Im Juni 2005 konnte die ALA in einer US \$ 300.000 teuren, diesmal anonymisierten Befragung unter den amerikanischen Bibliotheken schließlich nachweisen, dass es seit Oktober 2001 wenigstens 200 formelle und informelle Anfragen zu ausgeliehenen Lesestoffen wie anderen bibliotheksinternen Angelegenheiten von Seiten der Strafverfolgungsbehörden unterschiedlicher Ebenen gegeben hatte. Diese Befunde wurden von staatlicher Seite wiederum in Abrede gestellt mit der Bemerkung aus dem

¹⁵ Egelko, Bob; Maria Alicia Gaura: Librarians post Patriot Act warnings. Santa Cruz branches tell patrons that FBI may spy them. *San Francisco Chronicle*. March 10, 2003

¹⁶ Cada, Chris: Librarians are on front lines against easier access to records. *Boston Globe*. Sept. 8, 2003.

¹⁷ Analysis: Growing distrust between library and civil liberties groups and the Justice Department over a provision in the USA Patriot Act. *National Public Radio/All Things Considered*. Sept. 18, 2003

Justizministerium: „Any conclusion that federal law enforcement has an extraordinary interest in libraries is wholly manufactured as a result of misinformation.“¹⁸

Reading about Bin Laden

An einem konkreten Fall soll gezeigt werden, was zu erhöhter Wachsamkeit des FBI führen konnte und bibliothekarisches Handeln nötig machte. Im Sommer 2004 hatte sich ein Leser einer kleinen Bibliothek in ländlicher Gegend des Bundesstaates Washington Yossef Bodanskys „Bin Laden: the man who declared war on America“ ausgeliehen. Darin hatte er auf einem Seitenrand folgende handschriftliche Notiz entdeckt: „If the things I’m doing is considered a crime, then let history be a witness that I am a criminal. Hostility toward America is a religious duty and we hope to be rewarded by God“ („Wenn das, was ich tue als kriminelle Tat gesehen wird, dann lass die Geschichte dafür Zeuge sein, dass ich ein Krimineller bin. Feindseligkeit gegenüber Amerika ist eine religiöse Pflicht und wir hoffen, dafür von Gott belohnt zu werden“). Daraufhin benachrichtigte der Leser das FBI, das seinerseits von der Bibliothek Auskunft über Namen und entsprechende personenbezogene Informationen aller Entleiher dieses Buches seit November 2001 verlangte. Die Direktorin ließ die Ermittler wissen, das FBI habe den Rechtsweg einzuhalten bevor das *Board of Trustees* die Namen herausgegeben würde. Sie informierte das FBI außerdem darüber, dass eine Google-Recherche ihrer Rechtsanwältin ergeben hätte, dass die handschriftliche Notiz nahezu wörtlich mit einer Aussage von Bin Laden in einem Interview von 1998 identisch sei. Die Bibliotheksleiterin weigerte sich, ohne Durchsuchungsbefehl oder Gerichtsbeschluss die geforderten Informationen herauszugeben. Und der Bibliotheksausschuss votierte dafür, alle folgenden Durchsuchungsbefehle rechtlich anzufechten.

Unbeirrt hielt der FBI-Agent an seiner Forderung nach der Namensliste der Entleiher fest, nun ausgerüstet mit einem Durchsuchungsbefehl eines Geschworenengerichtes. Auf einer Sondersitzung beschloss der Bibliotheksausschuss, den Durchsuchungsbefehl zu Fall zu bringen mit der Begründung, die FBI-Forderung verletze das Recht der Leser, das im *First Amendment* garantiert ist, das Recht der freien Meinungsäußerung (*Freedom of Speech*). Bibliotheken hätten das Recht und die Pflicht, Informationen frei zu verbreiten und vertraulich zu behandeln, eben ohne die abschreckende Drohung, diese könnten offen gelegt werden. Außerdem seien die Ausleihdaten durch die Datenschutzgesetze des Staates Washington geschützt.

¹⁸ Vgl. Lichtblau, Eric: Libraries Say Yes, Officials Do Quiz Them About Users. The New York Times. June 20, 2005

Einige Wochen später wurde die Bibliothek darüber informiert, dass das FBI seinen Durchsuchungsbefehl zurückgezogen habe. Im April 2005 erhielt die Bibliotheksdirektorin, Joan Airoidi, in New York den mit US \$ 25.000 dotierten *PEN/Newman's Own First Amendment Award*.¹⁹

Längst melden sich auch Bibliothekare mit massiver Kritik an der Regierung in Washington zu Wort, weit über den PATRIOT Act hinaus, - in der *Progressive Librarians Guild*, auf der Webseite von *Library Juice* oder bei den *Librarians against Bush*.²⁰ Die angespannte politisch-gesellschaftliche Situation Amerikas hat unter Bibliothekaren zu einer wachsenden Politisierung geführt, für die sie, wie auch ihre deutschen Kolleginnen und Kollegen, bisher nicht eben bekannt waren. Als jedoch vor wenigen Monaten dem *ALA Council* eine Resolution von gewerkschaftlich organisierten Bibliotheksmitarbeitern aus Seattle zur Abstimmung vorgelegt worden war, der es an Deutlichkeit gegenüber der Bushregierung nicht mangelte (Beendigung des Irakkrieges, Verurteilung von Folter bis hin zur Forderung nach Absetzung des Präsidenten)²¹, entschied das *Council*, eine Abstimmung darüber erst gar nicht auf die Tagesordnung der nächsten Mitgliedervollversammlung zu setzen. Begründung: die Resolution sei für die ALA nicht „relevant“. So haben nicht wenige politisch aktive Bibliothekare nun ihren eigenen Fall von Zensur zu beklagen.

¹⁹ Librarian Who Fought Search of Patron Records to Receive 2005 PEN/Newman's Own First Amendment Award. <http://www.pen.org/page.php/prmID/810>

²⁰ <http://libr.org/plg/index.php> ; <http://libraryjuicepress.com/blog/?cat=11> ; <http://www.librariansagainstbush.org>

²¹ Seattle Librarians Condemn the Actions of President Bush and Call for his Resignation. Seattle 2006. http://www.worldcantwait.net/index.php?option=com_content&task=view&id=1350&Itemid=5